

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Wertags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 M. in Württemberg 2,20 M. vierteljährlich, dazu Bestellgeld 30 Pfg.
Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
monieheile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeitzelle.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 45

Freitag, den 21. Februar 1919

36. Jahrgang.

Der Anschlag auf Clemenceau.

Am 19. Februar morgens nach 8 Uhr hat ein junger Mann in Paris gegen den Ministerpräsidenten Clemenceau die Waffe erhoben und ihn, wenn den amtlichen Meldungen der Agence Havas Glauben geschenkt werden darf, an der Schulter leicht verletzt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen erhält die anarchistische Tat eine ganz besondere Bedeutung, denn Clemenceau ist heute der Träger einer Weltstimmung, der typische Vertreter aller derer, die die Austilgung Deutschlands aus der Zahl der Machtstaaten der Erde für die notwendige Folge des Weltkriegs halten. Er verkörpert aber auch den im weitaus größeren Teil des französischen Volks tiefgewurzelt, zum Rasseninstinkt gewordenen Haß gegen alles Deutsche, dem er allein die Wiederberufung auf seinen Posten zu danken hat. Es gab eine Zeit, da war Clemenceau vielleicht der bestgehaltene Mann in Frankreich, damals, als er die revoltierenden Weinbauern der Champagne zu Hunderten durch Pariser Militär niederknallen ließ. Man hat ihm diese Brutalität nie verziehen. Als aber im Weltkrieg die militärische und wirtschaftliche Lage immer bedenklicher wurde, als das Land bereit war, den Frieden zu machen und die französischen Soldaten begannen, den Gehorsam zu verweigern, da gab es nur noch einen, der Nation und Heer — gleichviel mit welchen Mitteln — wieder zum Kampf bis zum letzten aufreizen konnte. Das war Clemenceau. Der janatische Mann, der keine Rücksichten nach irgend welcher Seite kannte, hat seine Aufgabe verstanden. Und als die deutsche Heere vor der Uebermacht weichen mußten, da fing seine Ernste an. Die vier Waffenstillstandsverträge sind seine Kriegsbente und welche Pfeile Clemenceau noch für den Friedensschluß im Köcher hat, wissen wir noch nicht. Aber daß er bis zum letzten Augenblick von der erlangten Uebermacht den schonungslosesten Gebrauch machen wird, das darf man von ihm bestimmt erwarten. Wo sind gegen den Nachbarn Clemenceaus die 14 Punkte Wilsons geblieben? Nicht ein einziger ist zu Deutschlands Schutz wirksam geworden; Clemenceau scheint doch über Wilson den Sieg davongetragen zu haben.

Der unersöhnliche Haß des französischen Ministerpräsidenten, der die Qualen des Besiegten nicht nur auf höchste Maß steigert, sondern auch möglichst lange hinzuziehen will, ist das Haupthindernis des Friedensschlusses, nach dem sich die ganze Welt, nicht zuletzt Frankreich selbst, sehnt. Diese Tatsache hat dem Anarchisten Cottin in die Pistole in die Hand gedrückt. Der Anschlag ist mißlungen. Aber auch wenn der feige Mord Erfolg gehabt hätte, so ist doch sehr zu bezweifeln, ob der Wied, dem Frieden eine Gasse zu machen, erreicht worden wäre. Dazu ist beim Durchschnittsfranzosen bei aller Friedenssehnsucht die Geistesverwandtschaft mit Clemenceau, soweit der Erbfeind in Frage kommt, doch noch zu groß und mächtig. Als Blutzunge seines Patriotismus könnte Clemenceau dagegen leicht zu neuer Volkstümmlichkeit gelangen und könnten die mannigfachen trübten Spuren seiner politischen Vergangenheit aus dem Gedächtnis des leichtbeweglichen Volks verwischt werden, der Befestigung seiner immerhin stark angefochtenen Stellung auf der Pariser Friedenskonferenz nicht zu gedenken. So könnte der Mordanschlag, wie so oft, gerade die entgegengesetzte Wirkung haben, als beabsichtigt war.

Ueber die Tat wird noch gemeldet:
20. Febr. (Havas.) Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau ins rechte Schulterblatt getroffen worden ist; innere Organe sind nicht verletzt.
Der Mann, der den Anschlag auf Clemenceau verübte, gab auch auf die Schutzleute, die ihn verhafteten, zwei Schüsse ab, wobei er einen Schutzmann verwundete. Der Name des Attentäters ist Cottin.

Paris, 20. Febr. (Havas.) Gestern war der Zustand Clemenceaus unverändert. Der Urheber des Anschlags, Cottin, ist auf das Bürgermeisteramt des 16. Arrondissements geflohen worden und wurde dort einem Verhör unterworfen. Er ist 1896 geboren und Franzose. Er erklärte, er sei ausgeprochener Anarchist und habe schon seit ungefähr 6 Monaten daran gedacht, den französischen Ministerpräsidenten zu töten, da er ihn für den größten Feind der Menschheit halte. Er kaufte vor 2 Tagen einem demobilisierten Soldaten einen Revolver ab und versuchte, in seinem Zimmer seine Waffe zu üben. Da er beobachtet hatte, daß das Haus Clemenceaus bewacht

war, beschloß er, in einer sicheren Entfernung die Tauszuführen. Deshalb gab er mehrere Schüsse auf das Auto des Ministerpräsidenten ab. Er habe die Empfindung gehabt, daß das letzte oder vorletzte Geschloß des Ministerpräsidenten getroffen habe. Der neben dem Chauffeur sitzende Soldat war sofort vom Wagen gesprungen, harisch gegen Cottin gewandt und 2 oder 3 Revolvergeschüsse ihm abgegeben, ohne ihn zu treffen. Die Menge stürzte auf auf Cottin, der erst nach vieler Mühe den Händen der Polizei übergeben werden konnte. Es wurde auch ein gewisser Drehfuß verhaftet, der die Unklugheit besessen hatte, dem Publikum seine Brutalität vorzuführen. Bei seinem Verhör gab er an, er habe im Augenblick, als er gegen das Benehmen der Leute auftrat, nicht gewußt, daß Clemenceau verletzt worden sei. Er habe Cottin nicht erkannt. Er wurde trotzdem vorläufig in Haft behalten, um seine Aussagen einer Nachprüfung zu unterziehen.

Bei seiner Verhaftung äußerte der Täter, er habe den Ministerpräsidenten töten wollen, weil er in ihm das Haupthindernis für einen schnellen und gerechten Völkerrfrieden sehe. Seine Tat werde nicht die einzige bleiben. Die Arbeiterbörse wurde behördlich geschlossen. Im Seine-Departement sind die Führer des pazifistisch-syndikalistischen Verbands festgenommen worden.

Poincaré und alle Mitglieder des diplomatischen Korps, Marichall Foch und Marschall Petain hielten Clemenceau Besuche ab. Clemenceau unterhielt sich lange Zeit mit Marichall Foch. An der Kammer erklärte der

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Febr.

(Schluß.)

Abg. Dr. Wögler (D.D.P.) fortfahrend: Erzberger hat die Verhandlungen über die Abklärung des Eisenbahnmateriels und der landwirtschaftlichen Maschinen geführt, ohne daß bei den Verhandlungen in Spaa, Feler und Luxemburg Sachverständige gehört wurden. Unsere Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert ist, wurde nicht zugezogen. Von Anfang an hat der Verein Deutscher Stahlindustrieller immer und immer wieder dringend um Zulassung von Sachverständigen gebeten. Woher nimmt Herr Erzberger das Recht, über so wichtige Fragen unseres Volkes zu entscheiden? Unsere Unterhändler haben, wie die Hamburger Keesder sich ausdrücken, in leichtfertiger Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. Wer gab Herrn Erzberger das Recht, trotz des schärfsten Protestes von Sachverständigen, das Schiffsverkehrsabkommen zu unterzeichnen? Die neuen Abmachungen sind das Schlüßglied in der Kette, die der Reichsminister in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk erwürgt wird. Wir haben nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den Frieden. Gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erhebe ich schwere Vorwürfe... (die nächsten Ausführungen des Redners gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums) Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen sollen, dann müssen zu den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige herangezogen werden.

Minister Erzberger: Die Rede des Interpellanten hätte sich an Marichall Foch richten müssen. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlands herbeigeführt hat, ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe dieses es magt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Veröhnung eingetreten ist. Der Redner sagt, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze amtliche Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für die bisherigen getroffenen Abmachungen trägt die Reichsleitung. Für alle Verträge oder trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Ueber das Schiffsverkehrsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Sachverständigen stattgefunden. Eine Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt wird nicht beabsichtigt. Jeder Minister ist der Nationalversammlung verantwortlich, und daher kann kein Minister einem anderen verantwortlich sein. Erzberger erklärt es für eine Dichtung, daß die Revolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hatte. Erst am Sonntag, den 10. November, abends 8 Uhr, erreichte uns der Dankspruch der Obersten Heeresleitung, der in neun Punkten um Änderungen ersuchte, aber den ausdrücklichen, bisher noch nicht veröffentlichten Satz enthielt: „Sollt die Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.“ Die Abklärung der wirtschaftlichen Maschinen läßt sich so durchführen, daß keinen deutschen Bauern eine Maschine weggenommen zu werden braucht. Zu den Verhandlungen nach Spaa war Herr Stinnes entsendet worden. Ich habe keine Abberufung durchgesetzt, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausdeutung Belgiens so vorwiegend beteiligt gewesen ist und der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gemacht hat. Der Verein deutscher Stahlindustrieller hat daraufhin erklärt, wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen werde, entziehe der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. Unter solchen Terrorismus laßen Sie die

Regierung zu sehen; aber ich kann Ihnen sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei! (Stürmischer Beifall.) Um unser Volk über die rechte Zeit bis zur neuen Ernennung hinauszuführen, müssen etwam unsere Arbeiter das ihre tun, um Waren für die Ausuhr zu schaffen; und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen. Es war in einem Umfang, daß wir vor dem Hungertod vor der Ernennung gerettet sind. Nur eine kurze Frist ist uns noch gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicherstellen. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, so muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar darüber sein, daß er kein Privatkapital nur reiten kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. Wir haben gegenüber dem Drängen der Allierten rechtlich, tag die Handelsliste nicht eher auszulassen braucht, als die Übereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfrage herbeigeführt worden ist. Wenn diese Übereinstimmung über nicht bald, vielleicht in 14 Tagen erzielt, dann laufen wir die große Gefahr, keine Lebensmittel zu erhalten, dann laufen wir die Gefahr doch los zu werden. Der Abg. Wögler hat in seiner Rede vergessen, daß wir den Krieg verloren haben. Vorwiegend Volke hängt es ab, ob es wieder aufwärts gehen soll.

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Soweit die Interpellation die vermehrte Hinzuziehung von Sachverständigen fordert, unterstütze ich sie. Das Reichsministerium muß bei seiner Auswahl äußerst vorsichtig vorgehen. Wir haben die schwersten Waffenstillstandsbedingungen auf uns genommen, weil wir eben dem Befehl des Siegers unterliegen. Wir müssen in unserer Worten und Taten der Welt zeigen, daß man es wirklich mit einem neuen Deutschland zu tun hat. Wenn uns der völkerrrechtliche Friedensfriede nicht gewährt und wenn uns ein Gewaltfrieden aufgezwungen wird, so handelt es sich dabei nicht um Deutschland allein; es handelt sich um den Untergang der ganzen europäischen Kultur.

Abg. Gröber (Z.): Von den Behauptungen des Interpellanten ist so gut wie nichts übrig geblieben. Wir freuen uns in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so reichem Fleiß für das Vaterland geteilt hat, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Das Vaterland ruft uns aber in dieser Not zu Einheit. Wir vom Zentrum sind bereit, diese Einheit zu wahren und deshalb weisen wir den Angriff auf Erzberger als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurück.

Abg. Hauemann (Dem.): Wir verstehen es, daß bei Außenminister drei mal sich besonnen hat, ehe er die neuen Bedingungen hinnahm. Aber die Verantwortung für die Abklärung wäre noch größer gewesen. Der Interpellant hat ja auch nicht das Abkommen angegriffen, sondern vielmehr den Unterhändler der es abgeschlossen hat. Das heißt unseren Unterhändlern in den Rücken fallen, wo alles darauf ankam, ihre Stellung zu stärken. Der Angriff ist völlig zusammengebrochen. Unser Volk will keinen Streit im Innern. Unser wehrloses und leidendes Volk trägt uns vielmehr, weshalb es weiter hungert und frieren muß, nachdem es die Waffen niedergelegt hat. Wir haben ein Recht und einen Anspruch auf Frieden. Wir sollen darauf stolz sein, Deutsche zu sein, und dieser Stolz muß uns durch alle Leiden führen, uns emporheben.

Abg. Dr. v. Gräfe (D.N.): Graf v. Posadowsky hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung Waffenstillstand geradezu ein Hohm ist für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung, die damit benannt wird. Bedauerlich ist es, daß der Vertreter der Regierung gestern die Waffenstillstandsbedingungen mit einem Ton vortrug in dem nichts zu merken war von dem Jora, der das ganze deutsche Volk durchdringt. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für das neue Abkommen ab. Minister Schiedemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir Nein sagen müßten. Worauf wartet man noch?

Ministerpräsident Schiedemann: Das ich gesagt haben will, es würde der Augenblick kommen, wo wir Nein sagen müßten, kann sein. Aber die Verantwortung für ein Nein konnten wir diesmal nicht übernehmen. (Lebh. Zustimmung.) Ich erfülle nur die Pflicht der Loyalität, wenn ich feststelle, daß Sie die Politik des Prinzen Max von Baden unrichtig tun, wenn Sie ihn nur in geringstem für sich in Anspruch nehmen wollen. Er gehörte schon vor dem Krieg zu der kleinen Gruppe von Diplomaten, die für einen Verständigungsfrieden waren. Glauben Sie, Sie hätten besondere Bedingungen herausgeholt? Die Demokratie ist jetzt so fest verankert, daß Ihre Zeit endgültig vorüber ist. (Beifall links.)

Reichsminister Erzberger (zur Rechten gewandt): Sie haben hier kein Recht, Anklagen zu erheben, denn Sie sind die Schuldigen, die das deutsche Volk ins Unglück hineingeführt haben. Die Härte der Bedingungen verurteile ich ebenso stark wie Sie, aber ich behaupte: Ueber die 14 Wilsontpunkte ist damit nicht hinausgegangen worden. Wenn wir nicht unterzeichnet hätten, dann hätte Clemenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Tatsache der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlag beseitigt worden und zwar durch unsere Schuld. (Lebh. Beifall.)

Abg. Haase (U.S.): Wir wollen nicht der alten Abenteuerpolitik eine neue Abenteuerpolitik hinzufügen.

Abg. Dr. Stresemann (D.N.): Der Kern der Interpellation ist nicht „Weg mit Erzberger“, sondern Unterstellung der Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt.

Reichsminister Dr. David: Das Schlimme an der heutigen Interpellation ist, daß sie von Männern ausgeht, die die Schuld an unserem ganzen Jammer trifft. Wenn drängen der Einzeln erbrocht würde, daß Sie (zur Rechten) noch einen maßgebenden Einfluß haben, so könnte uns das in der Weltgeschichte außerordentlich schaden.

Schluß der Sitzung 4,8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch Nachmittag 3 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 19. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Gegenüber wegen Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Vertriebsverträge vom 1. Februar 1919. Danach soll die Annahme der betreffenden Einrichtungen nicht bis spätestens zum 20. Februar erfolgen, vielmehr soll der Termin vom Innenministerium festgesetzt werden.

Minister Erzberger bittet, dem Entwurf zuzustimmen. Er verliest Schreiben des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts und von ihm selbst über die Frage der Sachverständigen bei den Waffenstillstandsverhandlungen und fährt fort: Durch die Verlesung dieser Schreiben ist der Beweis erbracht, daß die Industrie nach der Entlassung des Herrn Hugo Stinnes neu Sachverständige in die Waffenstillstandskommission zu senden, abgelehnt hat.

Der Gesetzentwurf wurde in allen drei Lesungen angenommen. Minister Bauer sprach über die Grundzüge, nach denen die Berechnung der zur Behebung der Wohnungsnot angeordneten Mittel erfolgen soll.

Preuß. Kriegsminister Reinhardt: Nach der Novemberumwälzung ist ein neuer Bürgerkrieg im Gange. Dieser Kampf ist nicht leicht zu führen. Er wird verstärkt durch die tödlich-hörschweren Kampfverhältnisse. Mit diesem Untergrund verhalten sich die Soldaten der Frau Luxemburg und Liebknecht. Als Soldat kann ich nur bedauern, daß die Begleitkommandos die Hinführung nicht unversehrt den Gerichten abzuliefern imstande waren. Bei der Gardeswallertischhändlung geschäht alles Nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen. Ich muß es aber ablehnen, über das Ergebnis des schwebenden Verfahrens zu sprechen. Die Reichsregierung wünscht Gerechtigkeit. Diese muß aber auch für die Beschuldigten gelten, die bei der täglichen Spannung unter dem Druck des drohenden Wiederaufstehens der spartakistischen Unruhen vielleicht kleine Rechtsverstöße begangen haben. Die Regierung hat einen Plan, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß bürgerliche Straftaten vor das bürgerliche Gericht kommen. Das Justizministerium wird sehr beschreiben sein; aber wir können es trotzdem noch nicht aufbauen, weil wir noch keinen Frieden haben. Die Soldatenräte oder Vertrauensleute werden bei der Verwendung der Truppen in ihrem inneren Leben ebenso ehrlich mitwirken können, wie sie die Führung und die Leitung den Kommandos überlassen müssen, die auf die Republik zu verpflichten sind. Die neuen Abzeichen sind schmucklos; sie sind aber den heutigen bitteren Tagen der Not angemessen.

Frau Marie Juchacz (Sz.): Der Revolution verdanken wir unsere Sitze im Parlament. Für Deutschland ist die Frauenfrage damit gelöst. Bei Beratung der neuen Verfassung werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun auch in der Verwaltung die Frau als gleichberechtigt mit dem Manne beigezogen wird, vor allem für die Jugendpflege, die allgemeine Volksbildung und die Wohlfahrtspflege.

Hg. Meyer-Kaufmann (3.): Wir begrüßen die Zusammenarbeit von Mann und Frau in diesem Hause. Was das Regenerationsprogramm an Sozialleistungen enthält, wird vom Zentrum seit Jahrzehnten auch verlangt. Finden wir den Anschluß an die neue Epoche nicht, so müssen Millionen Deutscher verhungern. Wird das jetzige System unserer Abwertung nicht alsbald beendet, so ist die Katastrophe für das deutsche Volk unermesslich. Die gesamte Wehrlosigkeit kann umbedingt durch Steuern aufgebracht werden. Dabei wissen wir noch gar nicht, was wir an unsere Feinde zu zahlen haben. Die Entschädigungen in den besetzten Gebieten werden 10 Milliarden kaum übersteigen. Unsere finanzielle Lage wäre trostlos, wenn die fast 100 Milliarden Kriegsanleihen eine Schuld an das Ausland darstellen würden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft wird der Wiederaufbau unserer Exportindustrie sein. Eine scharfe Kontrolle der Einfuhr wird sich nicht umgehen lassen. Der größte Teil unserer Ernährung, Getreide, Kartoffeln und Fleisch, wird noch auf Jahre hinaus planmäßig veranschlagt, produziert und verteilt werden müssen. Das ganze deutsche Volk ist darin einig, daß die Behinderung der Arbeitswilligen durch die Spartakisten keinen Tag länger gehuldet werden darf. Angesichts dieser Hebergriffe ist eine weitere Stärkung der deutschen Reichsmehr unerlässlich.

Hg. Falck-Albin (Dem.): Wenn der Uebermut des Feindes die Hand nach rheinischen Gebieten ausstreckt, so mag der Feind wissen, daß er das tut gegen den Willen und das Leben der Rheinländer. Die Rheinländer blühen mit Gut und Blut am deutschen Vaterland. Die Behandlung unserer zu Unrecht im Ausland zurückgehaltenen Gefangenen ist weit grausamer geworden, seitdem die Franzosen keine Repressalien mehr zu befürchten haben. Ebenso groß ist der Uebermut der Polen. Der Grenzschutz ist deshalb dringend notwendig. Die harten Waffenstillstandsbedingungen können nur ertragen werden als vorübergehende Maßnahmen. Sollte aber derselbe Geist sich beim Friedensschlusse geltend machen, dann müssen wir uns dagegen wehren.

Reichsminister Erzberger: Die Regierung ergreift gern die Gelegenheit, um den linksrheinischen Brüdern herzliche und aufrichtige Grüße zu senden. Eine geistige Blockade kann der Feind niemals verhindern. Die Ueberwindung der Bestimmungen des Waffenstillstands namentlich durch die Franzosen geht über alles Erfassliche hinaus. Das deutsche Volk kann angesichts der Vergewaltigungspläne einzelner der Alliierten nicht oft und laut genug seine Stimme erheben. Insbesondere weisen wir einmütig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken die franz. Anreizungseffekte auf das Saargebiet zurück. Ein Frieden, dem wir nur äußerlich zustimmen, wäre kein Frieden, sondern unerträglicher Zwang. Den Kampf gegen den Bolschewismus im Osten betrachtet die Regierung als eine der wichtigsten Aufgaben. Die Regierung tut alles, um das Los der Kriegsgefangenen zu lindern. Ich muß sagen, daß ich enttäuscht und überrollt war, als die Alliierten die Bitte ihres siegreichen Marschalls nicht erfüllten und die Herausgabe unserer Kriegsgefangenen verweigerten. Ein siegreicher deutscher Marschall hätte eine solche Bitte nicht vergebens an das deutsche Volk gerichtet. Ich möchte einen offenen Appell an das rote Volk richten. Ich möchte einen offenen Appell an das rote Volk richten, daß wir unsere Gefangenen zurückhalten. Die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen ist eine Barbarei, wie sie die Weltgeschichte nicht kennt. (Webd. allseitige Zustimmung.)

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Weimar, 20. Febr.

Eröffnung der Sitzung 2.20 Uhr.

Hg. D. Traub (D.N.V.P.): Dem Vordelagen der Südflaen in Österreich sollte man mehr Beachtung schenken. Einsprüche müssen wir dagegen erheben, daß die neutralen Staaten bei den gegenwärtigen Konferenzen der Alliierten so wenig berücksichtigt werden. Eine Kulturpolitik ist es, unserer deutschen Brüder außerhalb der Reichsgrenze zu gedenken. Leider wird in der offiziellen Presse dem deutschen Volk der ganze Ernst der Lage noch immer nicht deutlich vor Augen geführt. Einmütig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Blockade und gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen. Graf Brodtkorb-Kanau sollte sich mehr in die Nähe des Wehrministers stellen, um von dessen unwürdiger Fröhen und ecktem deutschen Stolz etwas zu übernehmen. Wenn sich die im weiten Kreise auf Wilson gerichtete Hoffnung erfüllt, so würde ich mich freuen; aber ich habe kein Vertrauen zu ihm. Wir wünschen einen baldigen Frieden. Die Revolution aber hat uns nicht den Frieden gebracht, sondern ihn weiter von uns entfernt. Die 15 Milliarden alten Kredites bewilligen wir selbstverständlich, ebenso die 300 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaus. Wir leben in dem 9. November eines Tag der nationalen Schmach. Wir verlangen aber, daß uns im Ausschuss über die anderen Milliarden Auskauf gegeben wird. Wir haben vor allem die Kleinsten zu sorgen, unsere künftige Grenze militärisch zu sichern. Tun wir das nicht, dann ist alles eitel, was wir in Weimar zustande gebracht haben.

Berlin, 19. Febr. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, der erste Sturmtag, den sie erlebt hat. Die „D. Allg. Ztg.“ sagt: Die Attache der Schwerindustrie, wie Gröber sagte, endigte mit einem vollen Rückzug. Nochten sich auch die Unabhängigen nicht versagen, den ehemaligen Genossen in der Regierung etwas am Zeug zu flicken, letzten Endes mußte auch dies dazu dienen, den Blod zu kühlen, der aus der Sitzung zweifellos den Gewinn erheblicher Festigung nach innen und außen zu verzeichnen hat. — Dem Reichsminister Erzberger beehrte das Haus am Schluß seiner Ausführungen, die nach von der „Post“ als sehr geschickt bezeichnet werden, eine lebhaftige Jubilation.

Weimar, 19. Febr. In Weimar ist Graf Bernstorff eingetroffen. Nach der „Voss. Ztg.“ soll er der Reichsleitung in Fragen des Waffenstillstands und des vorläufigen Friedens, insbesondere soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, als Berater dienen.

Berlin, 20. Febr. Am Freitag soll eine namentliche Abstimmung über die Freitags der Nation über den Antrag zu: Regierung stattfinden. Die Reichsversammlung forderten ihre Mitglieder auf, möglichst vollzählig zur Stelle zu sein.

Nach der „Vossischen Zeitung“ wird von den Kommissionen, deren Arbeiten bei der großen Verhandlungspause der Nationalversammlung Mitte oder spätestens Ende nächster Woche anheben sollten, wenigstens die Verfassungskommission nicht in Weimar, sondern in Berlin tagen, da ihr nur hier das erforderliche Material zur Verfügung steht.

Zum Anschluß Österreichs.

Berlin, 19. Febr. Der Nationalversammlung dürfte in den nächsten Tagen der Antrag zugehen, daß sich die Reichsregierung sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs zwecks Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Wien, 19. Febr. Staatssekretär Bauer wird sich demnächst nach Berlin begeben, um über die staatsrechtlichen und politischen Fragen bezüglich des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich zu verhandeln.

Neues vom Tage.

Berlin, 19. Febr. Wie wir hören, ist an Stelle des Kapitäns Vanjelo der Korvettenkapitän Gimmann vom Reichsmarineamt zur Waffenstillstandskommission Erzbireis kommandiert worden. (Gestern war die Nachricht als unrichtig bezeichnet worden.)

Berlin, 19. Febr. Auf den Widerspruch des schleswig-holsteinischen Städtetags gegen die Abtrennung von Nord-Schleswig antwortete Graf Brodtkorb, es sei Sache der Nordschleswiger, bei der kommenden Volksabstimmung ihre Gefühnung durch den Stimmentel zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, 19. Febr. Im preussischen Ministerium wurde die Einsetzung von Beamtenräten zur Vertretung der Interessen der Beamtenschaft beschlossen.

Aufhebung der Arbeiterräte.

Berlin, 19. Febr. Die „Tägl. Rundschau“ meldet, die Arbeiterräte sollen in ganz Deutschland nach und nach aufgehoben werden.

General Winterfeldt über die erste Waffenstillstandsverhandlung.

Berlin, 19. Febr. Auf die Mitteilung der „Schlesischen Ztg.“, daß Marschall Foch bei der ersten Verhandlung im Wald von Compiègne zu einem Waffenstillstand ohne Entschädigung bereit gewesen sei und erst auf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Deutschland die harten Bedingungen gestellt habe (die Zeitungsjournalist hat den Abg. Gräbe zu einer Anfrage in der Nationalversammlung veranlaßt), hat der frühere Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, Generalmajor von Winterfeldt, der im Auftrag der Obersten Heeresleitung im Wald von Compiègne war, an Minister Erzberger telegraphisch Marschall Foch habe von Anfang an die harten Bedingungen gestellt: von einem entschädigungslosen Frieden sei nie die Rede gewesen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Paris, 18. Febr. Neuter meldet: Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Verstärkung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal, sowie Deffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

Ablieferung von Obstbäumen.

Dresden, 19. Febr. Nach dem „Berl. Lokalan.“ bestellten französische und englische Offiziere bei sächsischen Baumkulturbesitzern Obstbäume für das Sommergebiet auf deutsch. Kosten, um die zerstörten Obstanlagen wieder zu ersetzen. Ein Baumkulturbesitzer mußte 1500 Obstbäume liefern. Sachsen und Thüringen sollen zusammen 35 000 Bäume abgeben.

Das „badische Elß.“

Freiburg, 19. Febr. Beim Einzug der Franzosen in Nebl war das Gebäude des Gaswerksdirektors, eines Elßlers, mit der französischen Trifolore geschmückt worden, was unter der ganzen Bürgererschaft großes Mergernis erregt hatte. Vor einigen Tagen wurden nun zu nächtlicher Stunde einige Fenster des Gebäudes eingeworfen. Zur Strafe für dieses „Verbrechen“ ist die Stadt Nebl die Zahlung einer Geldbusse von 5000 Mark innerhalb 24 Stunden auferlegt worden. — Die Franzosen, so wird berichtet, fühlten sich schon ganz als Herren im Lande. Die Soldaten sprechen ganz offen davon, daß das ganze Gebiet nicht mehr an Deutschland zu-

rückgegeben werde, und die Straßburger Blätter haben bereits die Rühtheit, Nachrichten aus dem Gebiet des Keßler Brückenlopes mit „Nachrichten aus dem badischen Elß.“ zu überschreiben.

Kundgebung gegen das Waffenstillstandsabkommen.

Berlin, 19. Febr. Anlässlich der verschärften Forderungen unserer Feinde bei der Erneuerung des Waffenstillstands sind bei der Reichsregierung in Berlin und Weimar zahlreiche telegraphische Kundgebungen aus allen Teilen des Reichs zugegangen, die gegen die neuerliche Vergewaltigung Einspruch erheben und die Regierung auffordern, die demütigenden Zumutungen des Marschalls Foch abzulehnen.

München, 19. Febr. Die bayerische Entmobilmachungskommission hat nach einer Besprechung mit den Vertretern der Industriearbeiter, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes an die Waffenstillstandskommission und an die Reichsregierung folgende Erklärung gesandt: Bayern ist durch Waffenstillstandsbedingungen an den Rand des Abgrundes gebracht und steht vor dem Zusammenbruch. Die Nahrungsmittelbetriebe können nur noch notdürftig aufrecht erhalten werden. Die bayerische Industrie steht fast vollständig still, und die Gaswerke sind ohne jeden Ansehung dieser Tatsachen wird gebeten, ob Bayern die noch abzuleifernden Lokomotiven und Wagen zur Heranführung von Kohlen verwenden darf; und ob die übrigen wirtschaftlichen Waffenstillstandsbedingungen nicht irgendwie gemildert werden können.

Für Aufhebung der Hungerblockade.

Bern, 19. Febr. Der internationale Frauenkongress in Bern sandte an die Pariser Konferenz die telegraphische Bitte, die Blockade sofort aufheben zu lassen, weil die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes Anarchie erzeuge und den Grundfäden von Freiheit und Frieden widerspreche, für die der Krieg, wie überall erklärt worden sei, geführt wurde.

Die Spartakisten.

Gotha, 19. Febr. Dem „Berl. Lokalan.“ wird von hier mitgeteilt: Gestern früh besetzte eine Abteilung des Weimarer Landjägerkorps die Post, den Bahnhof und das Residenzschloß, den Sitz der aus Unabhängigen bestehenden Regierung. Zu der Gothaer Waggonfabrik wurde ein Arbeiter erschossen und einer verwundet. Der Grund der Maßnahme ist anscheinend die Weigerung des hiesigen Regiments, in seine Verlegung nach Koburg zu willigen. In den Fabriken und in den Elektrizitätswerken wird gestreikt. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Zwitsburg, 19. Febr. Der allgemeine Aufruhr hat sich rasch ausgebreitet; im Ruhegebiet liegen 63 Oruben still. Angeblich ist beabsichtigt, den Generalsekretär vom Rheinland bis ins Herz Deutschlands zu erzwingen zur Herbeiführung des Endkampfes gegen das Kapital. Die Wehrheitssozialisten und die Gewerkschaften wenden sich gegen die Arbeitsniederlegung, die von den Kommunisten mit Waffengewalt erzwungen wird.

Gelsenkirchen, 18. Febr. Durch die städtische Sicherheitswehr und die Polizei sind die Spartakisten aus den öffentlichen Gebäuden vertrieben worden. Die Spartakisten wurden größtenteils entwaffnet und aus dem A- und S-Rat entfernt.

Elberfeld, 19. Febr. Die Unruhen haben auch auf Elberfeld übergegriffen. Die Arbeiter des Wuppertals werden zum Streik aufgefordert. Die Rabikalen verlangen die Enteignung der Betriebe und die Auflösung der Nationalversammlung. Vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion kam es zu einem Zusammenstoß, wobei 3 Personen getötet, 20 verwundet wurden.

München, 19. Febr. Die „Münchener Post“ (Wehrheitssoz.) schreibt in einem scharfen Artikel, das Verhalten Eisners siehe im Widerspruch zu den Wünschen des bayerischen Volks. Seine auf das Rätesystem gegründete Politik müsse zu schweren Konsisten führen.

Nürnberg, 19. Febr. Im Generalkommando sind nach der Besetzung durch die Spartakisten alle Schranke und Pulve erbrochen und zerrümmert worden. Die Alten wurden vernichtet. Aus der Kasse wurden 63 000 Mark Unterstützungsgelder gehoben.

Bayreuth, 19. Febr. Soldaten der Roten Garde haben die Druckerei des „Bayreuther Tagblatts“ besetzt und den verantwortlichen Redakteur gezwungen, eine gegen Eisner gerichtete Äußerung zurückzunehmen. Der Verbürgermeister Dr. v. Casselmann suchte die Spartakisten vergebens zum Rücktritt zu zwingen.

Angriff Arbeitsloser gegen die Landesversammlung.

Braunschweig, 19. Febr. Während der heutigen Beratungen der Landesversammlung über die Arbeitslosenfrage versammelte sich vor dem Landtagsgebäude eine nach Tausenden zählende Menschenmenge von Arbeitslosen. Ein Teil von ihnen künnte das Haus und erbrach die Türe zum Sitzungssaal. Die Abgeordneten wurden umringt. Die Eindringlinge mißhandelten den Abg. Müller-Schöll. Schließlich wurden die Tische und Stühle im Saale zusammengegeschlagen und die Türrückstellungen eingestossen.

Die Bezahlung der Lebensmittellieferung.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ erklärten in den letzten Verhandlungen in Spaa und Trier über die Verzögerung Deutschlands mit Lebensmitteln die Vertreter Amerikas und der Entente, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei, denn Deutschland sei in der Lage, zu zahlen. Unterstaatssekretär Bauer gab darauf eine Aufklärung über Deutschlands finanzielle Lage. Kame die Lebensmittellieferung wegen Kreditverweigerung nicht zustande, so müßten wir unsere Schiffe behalten, damit wir uns aus Amerika versorgen könnten. Es wurden neue Abmachungen über weitere Lebenmittellieferungen von 235 000 Tonnern zum Preis von ungefahr 11 1/2 Millionen Pfund Sterling (nach dem heutigen Kurs fast 400 Mill. M.)

getroffen. Die Finanzierung dieser Summe beschäftigt zurzeit die betreffenden Stellen. Die Zahlungsmittel sollen durch Kupferanfertigung der noch im Inland befindlichen ausländischen Werte und durch gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren beschafft werden.

Einigung in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Febr. Die seit einiger Zeit schwebenden Einigungsverhandlungen zwischen beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben zu einer Einigung geführt.

Gotha, 19. Febr. Gegen die Befegung durch die Regierungstruppen ist heute mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgebrochen. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon gestern nicht mehr erschienen.

Der Krieg im Osten.

Litauen, 19. Febr. Gestern wurde ein feindlicher Angriff bei Schruwen ohne eigene Verluste abgeschlagen. Der Feind greift Galdingen mit starken Kräften an, wurde aber abgewiesen.

Königsberg, 19. Febr. Oita ist am 16. Febr. von deutschen Truppen wieder genommen worden.

Bromberg, 19. Febr. Trotz der Einstellung der Feindseligkeiten unsererseits haben die Polen im Laufe des gestrigen Tages an verschiedenen Stellen in hinterhältigster Weise unsere Linien mit Infanterie- und Artilleriefireur belegt. Auch die Stadt Nakel wurde von gegnerischer Artillerie beschossen.

London, 19. Febr. Der „Times“ wird aus Helsinki gemeldet, Trotski habe Befehl gegeben, in Ostland und Livland zum Angriff überzugehen. Das bolschewistische Heer verfüge über 40.000 Mann.

Neuer zufolge ist die Lage in Petersburg und Moskau schlimmer als je.

London, 19. Febr. Wie der englische Heeresbericht vom 13. Februar meldet, haben die alliierten Truppen an der Archangeloffront bei Schredmischenga einen Gegenangriff gemacht, der den Feind sechs Meilen südlich zurücktrieb. Ein feindlicher Angriff bei Kabisch wurde nach hartem Kampf zurückgeschlagen. — „Daily News“ melden, daß die sibirischen Truppen zu einer Offensive gegen die Bolschewiki nicht fähig seien. Die Tschechen wollen nicht an die Front und müssen zurückgezogen werden. In der Ukraine seien die Bolschewiki bis südwestlich Zekaterinodar vorgedrungen und befinden sich 190 Kilometer vom Schwarzen Meer. Viele Truppen gingen zu den Bolschewiki über, die jetzt den ganzen Norden und Nordosten der Ukraine besetzt halten.

Wahntreibgabe für den allgemeinen Verkehr.

Freiburg, 19. Febr. Die Nebenbahn Offenburg—Altenheim—Ottenheim—Lahr darf seit dieser Woche wieder von alten Reisenden durchgehend benützt werden. Als Ausweis ist ein gültiger deutscher Reisepaß mit dem Bildnis des Inhabers notwendig.

Widerstand der Bauern.

Mannheim, 19. Febr. Wie dem „B. Lokalanzeiger“ gemeldet wird, widerlegten sich die Bauern in Elsenz einer Kommission zur Aufnahme der Getreidebestände. Die zu Hilfe kommenden Gendarmen wurden entwaffnet. Die Kommission konnte die Aufnahme nicht durchführen. Als Ursache der Bauernunruhen wird angegeben, daß die Landwirte schon vor längerer Zeit Erbsen, Bohlen und Hafer an das Militär abgeliefert haben, ohne bisher dafür bezahlt worden zu sein.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 19. Febr. (Gavas.) Die Kosten für den Unterhalt der alliierten Armeen in den besetzten Gebieten werden derzeit aufgestellt.

Amsterdam, 19. Febr. Die „Times“ meldet aus Schanghai, die deutschen Besatzungen in China seien besitzlos geworden.

Paris, 19. Febr. Die Vertreter Italiens nahmen die dalmatinische Küste für Italien in Anspruch, da die Bevölkerung italienischer Abstammung sei. Außerdem sei der Küstenstrich Italien durch den Londoner Vertrag von 1918 zugesichert. Die Jugoslawen erheben Widerspruch; nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hänge mit Italien zusammen.

Paris, 19. Febr. Die Albanier verlangen von der Friedenskonferenz die Rückgabe der im Jahre 1913 von Montenegro, Serbien und Griechenland einverleibten albanischen Gebiete.

Kapstadt, 17. Febr. Den nationalistischen Abgeordneten, die infolge der Weigerung der Bemannung des Handelschiffes „Durham Castle“ nicht abfahren konnten, ist angeboten worden, ihre Reise auf einem Kriegsschiff zu machen.

Newyork, 18. Febr. „Newyork Times“ berichtet, die amerikanische Abordnung sei enttäuscht wegen der Bemühungen der Franzosen, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Abordnung wolle deshalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Ort außerhalb Frankreichs zu verlegen.

London, 18. Febr. Das Handelsamt genehmigte die beschränkte Wiederaufnahme des Handels mit der Türkei, Bulgarien und Süd-Rußland. 7 Schiffsahrtsgesellschaften richteten sofort einen Dienst mit dem Schwarzen Meer ein.

Konstantinopel, 19. Febr. Nuhri Pascha, der Bruder von Enver Pascha, ist verhaftet worden.

Der Reichsrat.

Berlin, 19. Febr. Ueber die Stimmenverteilung in dem an Stelle des Staatenhauses tretenden Reichsrat schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“: Grundsätzlich soll auf eine Million Einwohner der Einzelstaaten eine Stimme entfallen. Deutsche Staaten, die weniger als eine Million Einwohner haben, sollen nur stimmberechtigt sein, wenn auf Grund eines Reichsgesetzes zugestanden ist, daß wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung des Kleinstaates im Reichsrat erfordern. Diese Vorschrift soll jedoch, um einen Zusammenschluß mit deren Kleinstaaten zu einem größeren Gebilde zu för-

dern, erst nach einer Vorzeit in Wirklichkeit treten. Bis dahin soll im Reichsrat auch der kleinste deutsche Gliedstaat vertreten sein.

Ein stehendes Heer.

Berlin, 20. Febr. Der durch die Revolution hervorgerufene Zusammenbruch unseres Heeres rächt sich wie die Ereignisse im Osten und namentlich auch im westdeutschen Industriebezirk beweisen, von Tag zu Tag bitterer. Die „Deutsche Allg. Zeitung“, die dies festgestellt hat, erfährt, daß das Reichsministerium bereits einen Gesetzentwurf wegen Bildung eines stehenden Heeres von 150—175.000 Mann ohne Offiziere, Unteroffiziere und Beamten ausarbeite. Die Mehrheitsparteien haben sich dahin verständigt, diesen vorläufigen Gesetzentwurf, der noch der Zustimmung einiger Einzelstaaten bedürfte als Initiativantrag in der Nationalversammlung einzubringen. Es bestünde die Absicht, eine Verständigung mit den rechtsstehenden Parteien herbeizuführen. In jeder Provinz soll eine Brigade aufgestellt werden. Man hofft, die nötigen Freiwilligen zu bekommen. Die Vorgesetzten sollen ernannt werden und bisher schon erworben Rechte bestehen, doch solle dem Kriegeminister bei etwa vorzunehmenden Wahlen die endgültige Entscheidung vorbehalten sein.

Berlin, 20. Febr. Die Bürger Berlins werden aufgefordert, den in kurzem nach Deutschland zurückkehrenden ostafrikanischen Helden Bürgerquartiere für mehrere Tage zur Verfügung zu stellen.

Errichtung eines Marineregiments.

Berlin, 20. Febr. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den deutschen Hafenplätzen wird nach dem Vorbild der Berliner Garde-Kavalleriebrigade ein freiwilliges Marineregiment nach dem Muster aufgestellt.

Vanselow bleibt.

Berlin, 19. Febr. Die widersprechenden Meldungen über das Ausscheiden des Kapitäns Vanselow aus der Waffenstillstandskommission sind dadurch entstanden, daß Vanselow zweierlei Funktionen ausübt. 1. Die eines stellv. Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission — als solcher verbleibt er in seiner Stellung — und 2. die eines Sachverständigen in Marinefragen. Als solcher wird er durch den Korvettenkapitän Pingmann ersetzt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 20. Febr. Der Oberkommandierende der feindlichen Besatzungstruppen in der Rheinprovinz verbietet die Vornahme der städtischen Wahlen.

Das Glend der Gefangenen.

Wien, 19. Febr. Zwei Transporte Zivilgefangener von rund 10.000 Personen trafen in der letzten Nacht hier ein. Sie waren 10 Tage von London unterwegs. Bei der Ankunft in Antwerpen waren 5 Personen gestorben. Ferner mußten in Antwerpen 18 nicht transportfähige Schwerverwundete zurückbleiben. Bei der Ankunft in Wesel mußten 5 Personen ins Krankenhaus und 8 in ärztliche Behandlung gegeben werden. Die Ortsgruppe Wesel für Kriegsgefangenen sah sich aus diesem Anlaß ein Telegramm an die Nationalversammlung in Weimar, das gegen die schmachvolle Behandlung der Gefangenen, die während der 10-tägigen Reise die größten Entbehrungen und keinerlei Schlafgelegenheit hatten, Protest erhebt.

Der heftige Verfassungsentwurf.

Darmstadt, 20. Febr. Der heftige Volkskammer wurde eine Notverfassung vorgelegt, durch welche die Staatsreform, das Staatsgebiet, die Staatsgewalt, die Gesetzgebung und die Regierung geregelt wird. Auf die Volksabstimmung wird verzichtet. Als Ersatz dafür wird der Regierung das Recht zugestanden, die Kammer auszulösen, falls die Regierung nicht mehr ihr Vertrauen besitzt. Die Staatsleitung liegt in den Händen des Gesamtministeriums, dessen Vorsitzender der Ministerpräsident ist. Dieser wird von der Kammer mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt und beruft die Mitglieder des Gesamtministeriums, das der Bestätigung durch die Kammer bedarf.

Fürstin Verta zu Lippe.

Detmold, 20. Febr. Gestern abend ist hier im Residenzschloß die frühere Fürstin zu Lippe, Verta, infolge Lungen- und Herzleidens gestorben.

Die Spartakisten.

Weimar, 19. Febr. Heute vormittag wurde auf richterlichen Befehl der Kommunist Vindemann verhaftet, der seit der Revolution in Weimar tätig und dem dortigen Bezirksdirektor des A- und S-Rats beigegeben war.

Hamburg, 20. Febr. Die Korpskonferenz des Soldatenrats des 9. A. R. stellte betreffs der Unruhen in Hamburg und Bremen fest, daß die ganze Heße vor der kommunistischen Partei ausging, die planmäßig die Bremer Sache aufgebauscht habe. Weil die Soldatenräte zu harmlos und politisch unreif waren, seien sie darauf zumeist hereingefallen. Daraus ergebe sich, daß ein Teil des Korps Soldatenrats gänzlich unfähig sei. Das Generalkommando des 9. A. R. ist von Atona nach Saverin übergesiedelt.

Münster, 19. Febr. Aus Neddlinghausen wird gemeldet: Vortrop wird durch Spartakisten mit Artillerie beschossen. Diffe wird von Münster aus entsandt.

Bonn, 20. Feb. Bei einem Zusammenstoß auf der Straße „Graß Bismard“ zwischen Spartakisten und der Sicherheitswehr wurden drei Arbeiter getötet.

Braunschweig, 20. Febr. Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien haben beschlossen, ihrerseits die Landtagssitzung zu unterbrechen. Sie wollen die Tagung in Braunschweig nicht eher wieder aufnehmen, als bis ihnen von der Reichsregierung Schutz gewährleistet ist.

Hannau, 19. Febr. Im Schloß des Landgrafen von Hessen „Wilhelmsruh“ bei Hannau plünderten junge Leute und Frauen die Innerräume. Die Plünderer wurden schließlich durch heranschickende Mannen verjagt.

die den Leuten die Beute zum Teil wieder abnahmen. Am Nachmittag kam es auf dem Paradeplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, wobei 8 Personen getötet wurden. Außerdem gab es mehrere Verwundete. Die Truppen hatten zwei Tote und einige Verwundete.

München, 20. Febr. In das Landtagsgebäude, wo zur Zeit der Käteloung tagt, drangen gestern ungefähr 60 Matrosen ein mit der Absicht, das Landtagsgebäude zu besetzen. Später gesellten sich noch Pioniere dazu. Einige Matrosen warfen Handgranaten, die von der im Gebäude befindlichen Wache mit Gewehrfeuer beantwortet wurden. Dabei wurden zwei Personen verletzt. Der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Polizeipräsidium, sowie die Stadtkommandantur waren von den aus Wilhelmshafen gekommenen Matrosen besetzt. Der Stadtkommandant, der Polizeipräsident, sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten wurden verhaftet. Die Gebäude wurden von republikanischen Truppen und von einer Abteilung des Leibgardieregiments wieder befreit und die Verhafteten in präsidium, sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten machte im Kongreß die Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich im „Hotel Bayerischer Hof“ in München unter dem Namen eines Grafen Merz aufhielt, verhaftet worden sei, weil er im Verdacht stehe, mit den Antrieben im Zusammenhang zu stehen. (?) Der Führer der Matrosen, Lotter, wurde verhaftet.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 20. Febr. Nach Meldung der militärischen Kommandostellen hat eine polnische Abteilung von etwa Kompaniestärke am 18. ds. Mts. trotz des Waffenstillstands, der bereits am 17. Februar in Kraft trat, einen bei Kettowki auf schlesischem Gebiet stehenden deutschen Posten angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Westfront wurde der Waffenstillstand durch die Polen vorgeföhrt und gestern gebrochen.

Baden.

(*) **Karlsruhe, 19. Febr.** Der Verfassungsausschuß setzte gestern die Beratung des Par. 57 des Verfassungsentwurfes betr. die Kollektionsgewalt des Staatsministeriums und die Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze fort. Der Ausschuss beschloß einstimmig, daß das Staatsministerium zur Erlassung von Notverordnungen der Zustimmung des Landständischen Ausschusses bedarf. Sodann wurde über den Antrag eines Zentrumsmitglieds abgestimmt, wonach durch den Landtag in derselben Weise wie die Minister dem Staatsministerium noch Minister ohne eines Verwaltungsbereichs, folgen. Staatsräte gewählt werden können. Diese Staatsräte sollen sich und Stimme haben, ihre Zahl aber diejenige der Minister im Hauptamt nicht übersteigen dürfen. Im Falle der Stimmengleichheit bei Abstimmungen soll die Stimme des Staatspräsidenten den Ausschlag geben. Die Staatsräte sollen für ihre Tätigkeit die Tagelöhner der Abgeordneten erhalten. Dieser Antrag auf fakultative Einführung von Staatsräten wurde einstimmig angenommen.

In der nachträglichen Abstimmung über den § 42 erhielt dieser Paragraph mit 18 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung folgende Fassung: „Niemand, insbesondere kein Beamter, Angestellter und Arbeiter, darf an der Uebernahme und Ausübung des Landtagsmandats behindert oder deshalb entlassen, noch darf ihm hierwegen gekündigt werden.“ Einstimmig wurde zu § 42 noch der Zusatz angenommen: „Zur Vorbereitung der Wahl ist angemessener Urlaub zu erteilen.“

(*) **Durlach, 19. Febr.** Im Februar erschien in Nr. 7 der „Sozialistischen Republik“ ein Artikel, worin mitgeteilt wurde: „Es müssen die Namen der Unteroffiziere, welche während der Revolutionszeit sich mit den Mannschaften für die Sache der Umwälzung des Staates zu sehr eingelassen haben, an die oberste Behörde gemeldet werden, damit die Verabschiedung dieser Vorgesetzten erfolgen kann. Alle einstigen Unteroffiziere, die im Kriege zu Offizieren befördert waren, werden verabschiedet.“ Dieser Geheimbefehl existiert nur in der Phantasie des Artikelschreibers und ist zum Zweck, Unfrieden und Mißtrauen in den Kreisen der Unteroffiziere zu schaffen, geschrieben. Das Generalkommando wird den Artikelschreiber wegen Verleumdung gerichtlich zur Rechenschaft ziehen.

(*) **Heidelberg, 19. Febr.** Vor der Strafkammer hatten sich sieben frühere Mitglieder der Volkswehr gegen Diebstahl zu verantworten. Sie hatten, während sie im Güterbahnhof Wache standen, aus Güterwagen eines Lebensmitteltransports Seife, Milch usw. entwendet. Die Angeklagten erhielten mehrmonatliche Gefängnisstrafen.

(*) **Baden-Baden, 19. Febr.** Hier ist nun innerhalb 14 Tagen der dritte Pökelfall aufgetreten.

(*) **Konstanz, 19. Febr.** Die Polizei verhaftete einen Mann, der gestohlene Uhren im Wert von 9000 Mark nach der Schweiz verbringen wollte. — Die schweizerische Regierung wird von Anfang März an zwei reichstosige Tage in der Woche anordnen.

Württemberg.

(*) **Stuttgart, 20. Febr.** (Finanzsausschuß.) Der Finanzsausschuß der Landesversammlung setzte gestern die Beratung des Antrags Post u. Gen. (B. B.), betr. die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1914 fort. Nach dem bei der Abstimmung der zweite Teil des Antrags, wonach alle behördlichen Eingriffe in den Wirtschaftsbetrieb und der Verwertung der freien Erzeugnisse unerblicklich sollen, abgelehnt worden war, wurde die Ziff. 1 des Antrags, nach der Bestimmungen getroffen werden sollen, daß alle Landwirte, welche ihre Lieferungspflicht erfüllt haben, von jeder Haus- und Nachzahlung befreit sind, einstimmig angenommen mit einem von dem Abg. Scheel u. Gen. vorzutragenden Zusatz: „Falls der Stand der Volksernährung die Erlaubnis eines vorläufiger Restorates notwendig macht, ist vor allem die freiwillige Uebertragung des Fehlbetrages anzustreben.“ — Hierauf gelangte zur Beratung der weitere Antrag Post u. Gen., daß die sofortige Abschaffung der landwirtschaftlichen Höchstpreise auf Grund der berechtigten Nothilfe, Betriebskosten und der allgemeinen Gedeihförderung vorzunehmen und den Bestimmungen, die

unter den Selbstkochen bleiben, aufgehoben werden. Hierin wurde eine Reihe von Vorschlägen eingebracht. Ein Antrag Schefflermann (D.D.P.) bezweckt die Erklärung der Gerste als Getreide im Sinne der Reichsgerechtsordnung. Dazu stellt Müller (S.) einen Ergänzungsantrag: Der möglichen Folge, daß die Gerste vorwiegend als Brotfrucht abgeteilt und anderes Brotgetreide zurückgehalten würde, sollte durch entsprechende Anordnungen entgegengetreten werden. Dieser Gesamtantrag wurde einstimmig angenommen. Körner (D.P.), beantragt: Solange die amtliche Bewirtschaftung von Getreide nicht aufgehoben wird, sollen Unternehmer, die weniger als 10 Doppelzentner Gerste geerntet haben, von der Lieferungsfrist befreit bleiben und jedem Landwirt aus eigener Ernte mindestens 10 Doppelzentner Gerste, in größeren Betrieben entsprechend mehr, zur freien Verwendung und Verwertung im eigenen Betrieb belassen werden. Dazu wurde von Müller (S.) ein Ergänzungsantrag gestellt: Sobald die Gesamtmenge der Volksernährung das gestattet. Dieser Antrag Körner wurde unter Streichung der Worte „in größeren Betrieben entsprechend mehr“ einstimmig angenommen.

(-) **Stuttgart, 20. Febr.** (Abbau der militärischen Behörden.) Durch Aufhebung oder Zusammenlegung vieler während des Kriegs entstandenen militärischen Behörden sind eine Reihe von gemieteten Privatwohnungen freigemacht worden. Demnach wird auch die Wohnung des kommandierenden Generals in der Kriegsbergstraße sowie das dazu gehörige Bureaugebäude in der Blücherstraße für Behörden, die zurzeit noch in der Stadt eingemietet sind, frei werden, da das ganze Generalkommando in das Dienstwohnungsgebäude des früheren Kriegsministers in der Olgastraße verlegt wird. Der Landesauschuß der Soldatenräte, der bisher im Residenzschloß untergebracht war, kommt in das Dienstgebäude des Kriegsministeriums.

(-) **Stuttgart, 20. Febr.** (Protestversammlung.) Im Dinkelsaal fand gestern eine stark besuchte Versammlung der Zentrumspartei statt, in der Justizminister Dr. v. Kienle scharfen Protest gegen die schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen erhob. Sein Ruf: „Deutsches Volk, erwache, ehe es zu spät ist!“ fand bewundernden Widerhall. Generalmajor v. Gleiß-Ludwigsburg sprach über den Völkerbund. Niemand könne ein wahrer Völkerbund aus dem Atheismus und Materialismus hervorgehen. Die Versammlung nahm eine Entschließung im Sinne der Ausführungen der beiden Redner an.

(-) **Stuttgart, 20. Febr.** (Freiwilliger Tod.) In einem Hause der unteren Wagenburgstraße hat eine junge Frau durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben ein Ende gemacht.

(-) **Ludwigsburg, 19. Febr.** (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht vom Freitag auf Samstag wurde in dem Güterschuppen in Wehlingen eingebrochen und für diese Gemeinde bestimmten Lebensmittel, Käse, Keks, Kernen zum größten Teil geraubt.

(-) **Bon der Enz, 20. Febr.** (Leichenräuber.) Der Wirt Klittich zum „Kaltenberg“ in Brötlingen ging zum Viehkauf nach Dietlingen. Als er nachts heimkehrte, traf ihn im Walde ein Herzschlag und er blieb tot liegen. Vorübergehende Plünderer die Leiche und stahlen die Vriestische mit 2800 Mk. Erster der Leichenräuber soll schon verhaftet sein.

(-) **Waiblingen, 20. Febr.** (Diebstahl.) In einem hiesigen Konfektionsgeschäft wurden für circa 6000 Mk. Waren gestohlen. — In einer Nahrungsmittelfabrik liefen Einbrecher 3 Säcke Mehl in die Hand, 2 Säcke Mehl in die Hand, 2 Säcke Mehl in die Hand, 2 Säcke Mehl in die Hand.

(-) **Weilheim u. F., 20. Febr.** (Wilderer.) Sohn des Jagdpächters J. Blessing wurde im Revier von zwei Wilderern aufs schwerste mißhandelt.

(-) **Reutlingen, 20. Febr.** (Diebstahl.) Zwei kaum 16 Jahre alte Mädchen haben aus der Kasse eines hiesigen Ladens in der Gartenstraße über 500 Mk., in einer Wohnung in der Metzgerstraße 3000 Mk. und aus der Kassa einer Frau einen Geldbeutel mit 2100 Mk. gestohlen. Die Diebinnen sind verhaftet.

(-) **Ulm, 20. Febr.** (Abschaffung der Arbeiterräte.) Der Ulmer Arbeiterrat hat mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, daß die Arbeiterräte in ihrer jetzigen Gestalt aufgehoben werden sollen, wenn die Wahlen zu den Gemeinde- und Bezirksvertretungen auch der Arbeiterschaft eine Vertretung in diesen Körperschaften verschaffen.

(-) **Ulm, 20. Febr.** Die etwa 1000 Mann umfassende Vereinigung der aktiven Unteroffiziere der Garnison Ulm haben in einer an Reichsminister Erzberger abgefassten Entschließung gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch die Feinde Einspruch erhoben und verlangt, daß bei den Friedensverhandlungen das Recht auf die Kolonien und die Forderungen der Auslandsdeutschen entschieden vertreten werden. Die Versammlung beschloß ferner, die Beibehaltung der Dienstgradabzeichen zu fordern.

(-) **Ulm, 20. Febr.** (Sacharinschieber.) Hier ist man einem großen Handel mit Sacharin auf die Spur gekommen. In der Sache ist ein Bürger von Klingenstein festgenommen worden.

(-) **Stuttgart, 18. Febr.** (Aus dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß der Landesversammlung beschäftigte sich mit folgendem Antrag Vogt-Gochsen u. Gen.: Die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Schritte einzuleiten, um über die Art der Bewirtschaftung unserer landw. Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1919 Klarheit zu schaffen. Bis dahin sollen Bestimmungen getroffen werden, nach denen 1) alle Landwirte welche ihre Lieferungsfrist erfüllt haben, von jeglicher Haus- und Nachzahlung befreit sind; 2) alle behördlichen Eingriffe in den Wirtschaftsbetrieb und bei der Verwaltung der freien Erzeugnisse unterbleiben. Ausgenommen hiervon sind Brotgetreide „artoffeln, Fleisch und Fett. — Von der Sozialdemokratie wurde folgender Ergänzungsantrag gestellt: Die Landwirte, welche ihre Lieferungsfrist erfüllt haben, sollen von Haus- und Nachzahlungen befreit werden, wenn nicht der Staat der Volksernährung dazu zwingt, die vorhandenen Restvorräte zu erfassen. Behördliche Eingriffe in den Wirtschaftsbetrieb sind auf das notwendigste Maß zu beschränken. — Die demokratische Partei stellte folgenden Ergänzungsantrag: Falls der Stand der Volksernährung die Erfassung etwa vorhandener Restvorräte notwendig macht, ist vor allem die freiwillige Aufbringung des Fehl Betrags anzustreben. — Ernährungsminister Baumann erklärte, die Zwangs- und Notmaßnahmen müssen aufrecht erhalten werden. Man habe allerdings zu überlegen, ob sie nicht teilweise erleichtert werden könnten. Die Regelung sei davon abhängig, ob und in welchem Umfang Lebensmittel vom Ausland eingeführt werden. Er sei bereit, auf eine baldige Regelung der Preise für das neue Wirtschaftsjahr bei der Reichsregierung hinzuwirken. Die Abstimmung erfolgt morgen.

(-) **Stuttgart, 18. Febr.** (Aus dem Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß trat heute in die Beratung des § 16 Absatz 3 ein, der die hochbedeutende Frage der Sozialisierung behandelt. Eine Reihe von Anträgen wurde zu diesem Absatz gestellt. Graf u. Gen. (3.) beantragte den Absatz wie folgt zu fassen: „Ob und in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen das Eigentum in Wirtschaftsbetrieben, die sich mit der Förderung und Verwertung von Boden- und Naturschätzen befassen oder die nach ihrer Art monopolistischen Charakter“

angenommen haben, im Einzelfall im Interesse der Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden soll, wird durch Gesetz bestimmt.“ Koch, Clemen und Blau (D.D.P.) beantragen, Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Die Vergewaltigung von Wirtschaftsbetrieben, die nach ihrem Wesen und nach dem Stande ihrer Verwertung hierfür geeignet sind, ist Sache des Staats. Ob und unter welchen Voraussetzungen Privateigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden kann, wird durch Gesetz bestimmt.“ Crispian (U.S.P.) beantragt: „Der Staat Württemberg ergreift Besitz von den Produktionsmitteln. Das Verzehren dieser Besitzergreifung wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“ Bazille u. Gen. (D.P.) beantragten folgende Fassung: „Ob und unter welchen Voraussetzungen Privateigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung im Interesse der Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden kann, wird durch Gesetz bestimmt. Hierzu erlassende Gesetze bedürfen der für das Verfassungsgesetz vorgeschriebenen Mehrheit.“ Ein Redner der Bürgerpartei verlangte, daß die private Initiative aufrechterhalten werden müsse; mit dem von der Reichsregierung aufgestellten Sozialisierungsprogramm sei auch keine Partei einverstanden. Diese Sozialisierung sei aber nur eine Fortsetzung der sozialen Reform. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß man mit der Entwicklung gehen müsse und nicht bremsen dürfe der Sozialismus sei eine Entwicklungsfrage. Ein Redner der Deutschen dem. Partei erklärte, daß keine Partei grundsätzlich auf dem Boden der Sozialisierung stehe; die Forderung der Sozialisierung müsse in ungewisser Form in die Verfassung aufgenommen werden. Ein Redner des Zentrums betonte, daß er und seine Freunde grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums bei Unterordnung unter die Allgemeinheit stehen. Der Antrag des Zentrums trage den Entwicklungsmöglichkeiten in genügendem Maße Rechnung. Die Sozialisierung, wie sie vorliegen sei, bringe aber nicht die geringste Verbesserung der Lage der Arbeiter. Feuerstein (S.) beantragte in Absatz 3 des Entwurfs nach „Entwicklung“ einzufügen: „Insbesondere die Überführung der Bodenschätze und Naturkräfte in die Gemeinwirtschaft.“ Bazille u. Gen. (D.P.) beantragten in Absatz 3 die Fassung folgenden Satzes: „Der kaufmännische und gewerbetreibende Mittelstand ist lebensfähig zu erhalten und gegen Aufkaufung und Bewucherung zu schützen.“ Von Crispian (U.S.P.) wurde hervorgehoben: Jetzt sei die Befestigung der Sozialismus zu fordern und bei der Rohstoffproduktion müßte die Vergewaltigung zuerst beginnen. — Die Beratung wurde heute abgebrochen. Mittwoch vormittag 1/10 Uhr Fortsetzung.

(-) **Stuttgart, 19. Febr.** Ein Redner der Sozialdemokratie sagt, man wolle die Sozialisierung verwirklichen. Die Landesversammlung könnte, wenn es so weit geht, eines schönen Tages eines nicht natürlichen Todes sterben. Er würde das auch gar nicht bedauern. Hieran erklärte ein Redner des Zentrums, wenn die Sozialdemokratie zu weitgehenden Hoffnungen in ihren Wählerkreisen geweckt habe, so sei das ihre Sache, sich damit abzulassen. Es sei nicht demokratisch, wenn immer wieder gesagt werde man müsse sich nach der Sozialdemokratie richten. Seitens der Regierung würden immer einseitig nur die Grundzüge der Sozialdemokratie hervorgehoben. Ein Redner der U.S.P. erklärte, die Arbeiterklasse werde sich nicht mit einem Einseitigkeit begnügen. Dann müßte eben der Kampf in ein zweites Stadium eintreten. Die Revolution sei noch nicht zu Ende.

(-) **Stuttgart, 19. Febr.** (Der württ. Militärbevollmächtigte.) Der bisherige württ. Militärbevollmächtigte in Berlin Oberst Holland ist unter Befehlsetzung zu den Offizieren von der Armee von dieser Stelle entbunden und zum Nachfolger Generalmajor Renner, zurzeit Kommandeur der 51. Inf. Brigade, ernannt worden.

(-) **Heilbronn, 19. Febr.** (Anschluß Württemb. an Baden.) In der hiesigen Stadt Württemb. am Neckar fand am Samstag eine Versammlung statt, die sich für den Anschluß an Württemberg aussprach. Mit der hiesigen und württembergischen Regierung seien Verhandlungen eingeleitet worden.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde hat folgende Gerätschaften käuflich zur **Wiedererwerbung** erworben:

10 Stück Handbeile groß per Stück	4 Mk. 50 Pfg.
10 " " klein " "	2 " 50 "
80 " Spaten	2 " 50 "
60 " Pickel groß	4 " 50 "
80 " " klein	3 " 50 "
10 " Handsägen	8 " — "

Anmeldungen hierauf nimmt die Polizeiwache im Rathaus in der Zeit vom **Samstag den 22. bis Montag den 24. Febr. 1919** je vormittags von 10 - 12 Uhr entgegen, an welche man sich auch wegen Befichtigung der Gegenstände wenden kann. Die Abgabe erfolgt, falls die Anmeldungen den Vorrat übersteigen, im Wege der Verlosung.

Wildbad, 20. Februar 1919. **Stadtpflege.**

Deutsche Demokratische Partei

Ausschußsitzung
Samstag, den 22. Februar 1919
 abends 8 Uhr
im Hotel Lamm
 Wegen wichtiger Besprechung wird um vollzähliges Erscheinen dringend gebeten.

Schützen-Verein
 Wildbad.
Sonntag, den 23. Februar von 2 Uhr ab
Übungsschiessen
 von 3 Uhr ab Ausschießen eines von einem Mitgliede gestifteten
Ehrenpreises
 sowie einer Scheibe.
 Das Schützenmeisteramt.

Lieder
 kranz
 Wildbad.
Samstag abend 8 Uhr
Singstunde
 bei Mitglied Schäffler zur Eisenbahn
 Stimmbegabte Sänger sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Turn-
Verein
 Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Turnstunde
Der Turnwart.

Ucker
 hat zu verkaufen
Albert Hüf.

Ein schwarzer
Gehrock,
 bereits noch neu, sowie eine schw. getragene Hose und Weste hat zu verkaufen.
 Näheres in der Exped. [238]

Wildbad, den 21. Februar 1919.

Dankagung.

Für die vielen, wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Geora Knödler,
 Jungführer

Sagen wir unsern herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Stadtpfarrer Fischer für seine trostreichen Worte am Grabe, der Schwester für ihre aufopfernde, treue Pflege, für die schönen Kranzspenden von Seiten seiner Herrn Vorgesetzten, seiner Kollegen, der Obmannschaft Wildbad Calw, des Militärvereins, für den erhabenden Gesang des Viederkränzes sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eine
Wohnung
 von 3 Zimmer und Zubehör (Koch und Leuchtgas) hat bis 1. April zu vermieten. Näheres in der Exped. [239]

Harmonium
 liefere preiswert franko; auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten 4 stimmig spielen kann
E. Roggenbach,
 Oberdürkheim.

Eine
Ziehharmonika
 wird zu kaufen gesucht. Näheres in der Exped. [240]

Eine Partie 5 teilige Herzförmige
Waffeleisen
 19 und 24 cm. Durchmesser hat abzugeben.
Fr. Bloß.

Wasmittel
„Burnus“
 wäscht Wäsche wunderbar. Zu haben in Paketen 25 Pfg. bei
Carl Wilh. Gott.

Anny Krauß
Karl Hecht
 Verlobte
 Wildbad **Reutlingen**
 Wildbad
 23. Februar 1919.